

# Kommentar : Demografie als Wegweiser der Bildungspolitik

Autor(en): **Locher Benguerel, Sandra**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl scolastico grischun**

Band (Jahr): **75 (2013)**

Heft 4: **Schule in Randregionen**

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-720275>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Kommentar

## Demografie als Wegweiser der Bildungspolitik

Welche Herausforderungen stellen sich der Bildungspolitik Graubünden in Bezug auf die demografische Entwicklung?

VON SANDRA LOCHER BENGUEREL

Zuerst der Blick in die obligatorische Schule: Auf den 1. August tritt das neue Schulgesetz in Kraft. Wie passt dieses nun mit den Trends der demografischen Entwicklung in unserem Kanton zusammen? Grundsätzlich bin ich davon überzeugt, dass die Umsetzung des neuen Schulgesetzes genügend grosse Schulen braucht, damit eine möglichst gute Schulqualität gewährleistet werden kann. Ich denke da beispielsweise an die sonderpädagogischen Massnahmen oder an Unterstützungsangebote für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler. Im Weiteren geht es darum, jede Schule so auszugestalten, dass sie ein möglichst breites Spektrum an ergänzenden Angeboten zur Verfügung stellen kann. Hier denke ich an Timeout Klassen, Schulsozialarbeit oder an Tagesstrukturen. Gerade letztere sind in Bezug auf die demografische Entwicklung wichtig, sie sind bei längeren Schulwegen unabdingbar. Eine weitere Voraussetzung für eine gute Schulführung sind Schulleitungen.

Es offenbart sich dabei ein Spannungsfeld: Damit all die erwähnten ergänzenden Angebote zur Verfügung gestellt werden können, braucht es eine genügend grosse Anzahl von Schülerinnen und Schülern. Es zeigt sich jedoch, dass sich die Bildung von grösseren Schuleinheiten auf Grund der geografischen Lage schwierig gestaltet. Mancherorts haben die Verantwortlichen damit zu kämpfen, das gesetz-

liche Minimum an Schülerzahlen nicht zu unterschreiten. Oft stellt die Schule die eigentliche Lebensader in einer Gemeinde dar und es wird alles daran gesetzt, diese zu halten. Denn ist sie einmal weg, so wirkt dies wiederum als Beschleuniger für den Bevölkerungsrückgang. Deshalb erlaubt das Schulgesetz einen gewissen Spielraum für kleine Schulen. Solche der Demografie angepasste Lösungen wird die Politik auch künftig erarbeiten müssen.

An dieser Stelle möchte ich einen weiteren Aspekt einbringen. Auch wenn die Initiative «Starke Gemeinden – starker Kanton» zurückgezogen wurde, bleibt die Zielrichtung bestehen. Eine optimale Gemeinde sollte die Kernaufgabe Schule selbständig führen können. Auch die Regierung hat sich in jüngster Zeit mehrfach dahingehend geäussert. Die heutige Situation führt nämlich dazu, dass etliche Lehrpersonen und auch Schulleitungen mehrere Arbeitgeber haben, was die Koordination erschwert und einen zusätzlichen Mehraufwand bedeutet. Hier steht die Politik in den nächsten Jahren weiterhin in der Verantwortung, Strukturen und Aufgabenerfüllung aufeinander abzustimmen.

Die direktesten Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge zeigen sich in den nächsten Jahren ganz deutlich an der Schnittstelle nach der obligatorischen Schulzeit. Die Zahl der Lernenden in Berufsfachschulen in Graubünden wird in weniger als zehn Jahren markant sinken, davon werden die Lehrbetriebe unmittelbar betroffen sein. Ebenso betroffen werden auch die Bündner Mittelschulen sein. Denn auch hier befinden wir uns aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der



Demografie in einem Spannungsfeld. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben ist der Kanton verantwortlich für ein dezentrales Angebot für die berufliche Ausbildung sowie den Mittelschulbereich. Dass es schwierig sein wird, hier gute Lösungen zu finden, haben die jüngsten Diskussionen im Grossen Rat um Mittelschulstandorte gezeigt. Die anstehende Revision des Mittelschulgesetzes bietet die Möglichkeit, hier eine Strategie festzulegen. Aus meiner Sicht geht es in den kommenden Jahren nicht darum, die Berufsbildung gegenüber der Mittelschulbildung auszuspielen. Viel wichtiger scheint mir, den Dialog zu suchen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Die Demografie dient uns als Wegweiser, indem sie uns schonungslos die Zahlen aufzeigt. Diese können wir nicht verändern. Die Politik ist jedoch gefordert, dem Wegweiser zu folgen und damit die anstehenden Herausforderungen anzupacken. Dabei braucht es Mut, Entscheidungen zu treffen. Diese Massnahmen sollten in einer Gesamtschau erfolgen und auf das Raumkonzept Graubünden angepasst sein.